

Aus der Woche.

Welt und Leben unter der Lupe editorialer Betrachtung.

Die Eisenbahngesellschaften.

Gegenwärtig wird die Ver. Staaten Verkehrs-Kommission in die Untersuchung der gegen die Express-Kompanien erhobenen Anklagen eingetreten, welche lauten, daß die Express-Kompanien, nachdem sie die Hälfte ihres Profits an die Eisenbahn-Kompanien abgegeben haben, noch Dividenden bis zur Höhe von 300 Prozent bezahlen, so ungebührlich hoch sei der Frachttarif. Ferner, daß die Konkurrenz zwischen den Express-Kompanien durch Gebietsaufteilung und Kontrakte mit den Eisenbahnen beseitigt worden sei; daß die Express-Kompanien von den Eisenbahnen Vermögen Aktienbesitzes in den Express-Kompanien kontrolliert werden und die Eisenbahnen einen Gewinn beziehen der außer allem Verhältnis zu den Leistungen steht und daß die Verordnungen durch ungerechte Klassifikation und willkürliche Regeln geschädigt werden. Selbstverständlich genügen diese Anklagen selbst nicht, sondern müssen sie durch Beweise erhärtet werden, welche speziell die Kaufmannschaft von New York, Chicago und Boston liefert. Den Angaben zufolge sind die Kaufleute in jenen Städten gezwungen, ihre Waren in täglich größeren Maße durch die Express-Kompanien zu versenden. Die Gebühren sind aber so hoch, daß, wie nachgewiesen werden wird, der Profit dadurch aufgezehrt wird, sogar Verluste dadurch entstehen. Der Beweis, daß die Gebühren zu hoch sind, wird in verschiedenen Formen unterbreitet werden. Der erste Beweis ist, daß Eisenbahnen für die Beförderung von Express-Paketen 37 mal so viel erhalten, als für die Beförderung von Frachtpaketen erster Klasse. Als zweiter Beweis dient der beim Handelsminister unterbreitete Jahresbericht der Great Northern Express. Aus diesem geht hervor, daß die Kompanie, die 1892 mit einem Kapital von \$1,000,000 gegründet wurde und Betriebsmaterial im Werte von \$71,288 besitzt, in den letzten zehn Jahren \$3,200,000 an Dividenden ausbezahlt hat. Die letztjährige Dividende betrug \$500,000 und dann ist noch ein Ueberschuß von \$1,188,881 vorhanden. Wenn man solche Statistiken liest, verliert der Gedanke an Verstaatlichung alle Schwere. Es ist offensichtlich, daß die Express-Kompanien mit ihren Käten bedeutend herabgehen müssen, wenn sie eine Verstaatlichung ihres Geschäfts verhindern wollen. Auf jeden Fall sollte jetzt schon eine Reform eingeleitet werden, um die Expressung einigermaßen zu mildern.

Staat und Streiks.

Das französische Ministerium will den Versuch machen, die Störung der öffentlichen Verkehrsanstalten durch Streiks der Angestellten künftighin unmöglich zu machen. Der Streik der Postbeamten, der durch Heranziehung von Militär zum Postdienste gezwungen werden mußte, gab die erste Anregung dazu, neuerdings hat der Streik der Eisenbahner die dringende Notwendigkeit gezeigt, daß der Staat seine Autorität geltend macht, die Interessen der Gesamtheit gegenüber den Forderungen einzelner unzufriedener Verkehrsfaktoren zu wahren. Was hier in den Ver. Staaten schon längst als wirksames Mittel vorgeschlagen worden, nämlich direktes Eingreifen des Staates, dem sich die streikenden Elemente unbedingt unterwerfen haben, und auf diese Weise Aufrechterhaltung der öffentlichen Betriebe, wofür aber noch keine gesetzgebende Körperschaft das rechte Mittel gefunden hat, will Premier Briand jetzt durchführen. Er hat der Deputiertenkammer einen Gesetzentwurf unterbreitet, der im Streikfälle die öffentlichen Verkehrsanstalten (Public Utilities) unter direkte Kontrolle des Staates stellt.

In den Kreisen der Partei, aus welcher Briand hervorgegangen, wird man freilich dagegen Einspruch erheben, denn in ihr Programm paßt eine Maßregel nicht, die einem Beschluß von Angestellten die höhere Berechtigung der Gesamtheit anerkennt, in dessen Briand befindet sich, da er einmal die Leitung der Regierung übernommen, in der Zwangslage, mit anderen Faktoren als den selbstlichen Interessen einer besonderen Klasse rechnen zu müssen, ist auch deshalb schon so weit von den bisherigen Gewohnheiten abgewandt, daß sie ihn als einen Abtrünnigen verdammen, doch wenn er, falls er nicht die äußersten Konsequenzen ziehen und die sozialdemokratische Staatsübernahme erproben will, nicht anders, als die Maßregeln seiner Regierung im Rahmen der bestehenden Gesellschaftsordnung zu halten. Ein Beweis mehr von den Veränderungen, die der Weg von der Theorie zur Praxis mit sich bringt.

Der Gesetzentwurf sieht vor, daß bei drohenden Streiks von Beamten der Arbeiter und den Untersuchenden Kommissionen gebildet werden, die zunächst zwischen den beiden Parteien vermitteln und, wenn das

fehlschlägt, einen Schiedspruch fällen sollen, der dann dem Streit ein Ende machen soll. Also ein Zwangs-Schiedsgericht. Im Interesse des Staates, mithin der Gesamtheit. In der Begründung wird erklärt, daß die Public Utilities für das Gemeinwohl geschaffen worden sind und nicht für diejenigen, denen sie zum Betriebe anvertraut sind. Das ist so gemeinverständlich, daß man sich wundern muß, daß dagegen noch Einsprüche erhoben werden kann. Das öffentliche Wohl ist das höchste Gesetz, ist es von jeder in demokratischen Gemeinwesen gewesen und kein einzelner Faktor hat die Berechtigung, ein: so will ich es, so lange ich's, dahinein zu werfen, so lange dies gegen das Gemeinwohl verstoßt. Das Publikum hat sich leider nur daran gewöhnt, bei einem Streit der Verkehrsanstalten nur von den beiden widerstreitenden Parteien Notiz, eventuell auch Stellung dazu zu nehmen, während es wissen muß, daß sich darüber klar sein müßte, daß jeder solcher Streit, der zu einer öffentlichen Störung führt, in erster Stelle gegen es selbst, gegen sein Interesse gerichtet. Daß es da den Brüllungen spielt, ist ihm schon oft gesagt worden, aber bis jetzt scheint es das noch nicht bis zu dem Grade begriffen zu haben, daß es bereit wäre, für Maßregeln zu seinem Schutze einzutreten. Briands Gesetzentwurf geht in der richtigen Richtung vor, so daß seine Annahme zu wünschen ist, denn unzweifelhaft legt er voraus, daß in dem Wahrspruch des Schiedsgerichts die Interessen der beiden streitenden Parteien genügend gegen einander abgewogen werden, so daß jeder Seite ihr Recht wird.

Mit dem Entwurf ist, soweit aus vorliegenden Berichten zu ersehen, auch die allgemeine Einführung von Zwangsschiedsgerichten in Streitigkeiten zwischen Arbeiter und Unternehmern vorgesehen. Das halten wir für einen Fehler. Diese Sache gehört nicht zu der Frage, welcher der Gesetzentwurf in erster Linie gilt. Es ist ein ander Ding, die Autorität der Gesamtheit gegen einen das öffentliche Wohl schädigenden Streit einzusetzen und ein anderes, zwischen zwei in Privatangelegenheiten Streitenden entscheiden zu wollen, wer von den beiden im Rechte ist. Da kann man keinen Zwang ausüben. Dieser kann nur gelten, wo das Gemeinwohl, somit der Staat in seinen zukünftigen Funktionen bedroht ist.

Schaffende Brutto.

Erhaltung der natürlichen Hilfsquellen des Landes ist nationale Forderung geworden, der die Parteien in ihrem Programm nachkommen müssen. Demgemäß werden wir in kommenden Kongressen vielerlei Maßregeln angeordnet, auch durchgeführt finden, wie der Reichthum an Kräften, die in Wald, Wasser und den Mineralien im Boden der öffentlichen Domäne enthalten sind, der Gesamtheit nutzbar, der Entwicklung des Landes im Gemeinwohl dienlich gemacht werden können, anstatt, wie bisher, der Unternehmungskluft Einzelner unter Ausschluß anderer Interessen überantwortet zu werden. Sie werden ein wichtiges Kapitel der nationalen Gesetzgebung bilden. Daneben tritt nun aber auch eine andere Forderung vor die Öffentlichkeit, die, nicht minder wichtig, ernsthafte Erwägung und intelligenter gesetzgeberischer Behandlung bedarf: die Erhaltung der menschlichen Arbeitskräfte.

Menschenleben sind billig, ist eine bekannte Lebensart, in der bittere Ironie die Gleichgültigkeit gegen die Opfer industrieller Betriebe zum Jahresabschluss stampelt. Der Leiber auch der Wahrheit entspricht. Die Zahlen, in denen die Statistik die Menschenopfer des Verkehrs- und Gewerbetreibens zusammenstellt, sind erschreckend in ihrer Größe und leider nur gering dagegen die Versuche, dieser Verwundung an kostbarem Gut der menschlichen Gesellschaft entgegen zu wirken. Kostbarem in doppeltem Sinne, einmal dem der Menschlichkeit, die die Lebenden mit Recht zu ihrem wertvollsten geistigen wie materiellen Besitzgut, und dann im ökonomischen der die Arbeitskraft, individuell und gemeinsam, als wichtigster Faktor produktiver Erwerbstätigkeit kenn.

Wie viel in dieser Beziehung verzuendet wird, darüber liegt eine dementswerthe Berechnung vor, die von dem Amerikanischen Verbande für Arbeitsgesetzgebung (American Association of Labor Legislation) herührt. In derselben wird gesagt, daß unter den Arbeitern in den industriellen Betrieben jährlich über dreizehn Millionen Fälle von Krankheit vorkommen, die einen Verlust an Leistung und Ertrag, von drei bis vier Millionen involvieren. Derselbe Zahlen wenden sich natürlich zunächst an das Gefühl der Humanität, es ist aber sehr viel, daß sie auch hinsichtlich der produktiven Thätigkeit zur Geltung gebracht werden, denn in dieser fallen Tollaus und Ernte ins Gewicht. Wenn sie solche Einbußen zu erleiden hat, werden ihre Interessen nicht auf den Gehäusen kommen, wie wünschenswert eine Verengerung derselben wäre.

Der größte Teil der Lebenszeit von Millionen über Millionen Menschen wird in der Werkstatt zugebracht. Fabrik, Office oder was sie sonst immer sei. Von der sanitären Beschaffenheit

dieser hängt deren Wohlbefinden ab. Man hat nicht nur die Unglücksfälle in Betracht zu ziehen, sondern auch die Einwirkung der Werkstatt-Zustände auf die Gesundheit. Darin ist hierzulande noch wenig geschehen. In anderen Ländern hat die Fabrikgesetzgebung der Hygiene ganz besondere Aufmerksamkeit gewidmet und polizeiliche Aufsicht sorgt für strenge Durchführung sanitärer Vorschriften, die dem Arbeiter ein bestimmtes Maß frischer Luft in den Arbeitsräumen sichern, desgleichen von Licht, reines Trinkwasser, geordnete Zeiteinteilung und was sonst noch zum körperlichen Wohlbefinden gehört. Die Bestimmungen darüber schließen sich denen über Schutzvorrichtungen, Sicherheit in gefährlichen Gewerken und so weiter ergänzend an. Hier sind wir darin zurück. Bei der ungehinderten Entwicklung der industriellen Betriebe hat man zunächst nur an die erzielten Leistungen gedacht und die Rücksicht auf den Arbeiter hintergelassen. Nun beginnt man sich darauf. Die oben genannte Gesellschaft hat eine lebhafteste Agitation dafür ins Werk gesetzt. In ihrer Ende dieses Monats in St. Louis stattfindenden Jahresversammlung wird man mehr darüber hören. Es ist ein nobles Ziel, das sie sich gesetzt hat: Erhaltung der menschlichen Arbeitskräfte.

Der Wetterbeobachtungs-Dienst.

Am 14. Oktober des vorigen Jahres wurden bekanntlich Florida und die südatlantischen Staaten von einem aus der Richtung der Antillen kommenden Orkan schwerer Art heimgeführt. Der durch ihn angerichtete Schaden war groß und mag sich in die Millionen belaufen haben; aber er wäre noch größer gewesen, wenn unter Wetterbureau den Sturm nicht bereits 11 Stunden vor seinem Eintreffen an unserer Küste angemeldet hätte. Es ist anzunehmen, daß durch diese rechtzeitige Warnung Tausende von Menschen vom sicheren Tode gerettet wurden. Auf den der Küste von Florida vorgelagerten Inseln, den sogenannten „Keyes“, waren zur Zeit allein 3500 Arbeiter beschäftigt, die wohl hätten ertrinken müssen, da die ganze Küste überfluthet wurde, wenn nicht die ausgesandte Warnung vor dem herannahenden Sturm die Möglichkeit der Rettung geboten hätte. Außer ihnen wären ohne Zweifel auch noch zahlreiche Fischer zu Grunde gegangen, wenn der Orkan nicht vorher angemeldet worden wäre und sie auf der See überlebt hätte. Aber auch der materielle Schaden ist infolge der Warnung beträchtlich reduziert worden. Man kann darnach wohl ermaßen, welcher großen Dienst das Wetterbureau diesem Lande geleistet hat.

Daß es ihn aber leisten konnte, ist mehr oder weniger einem glücklichen Zufall zu verdanken. Denn die erste Nachricht von dem Orkan erhielt das Bureau nicht von einem seiner Angestellten, sondern von einem Küstendampfer, der zufällig mit einem Apparat für Funkentelegraphie ausgerüstet war. Erst später wurde die Meldung von anderen Dampfern und dann auch von den Stationsbeamten des Wetterbureaus bestätigt. Mittlerweile war natürlich die rettende Warnung längst ergangen. Herr Willis S. Moore, der Chef unseres Wetteramtes, gibt ohne weiteres die Möglichkeit zu, daß ein solcher Sturm über unsere Küste hereinbrechen könnte, ohne daß unsere Beobachtungsstationen etwas davon wissen oder merken zumal die Sturmabahn im Verhältnis ziemlich schmal ist und in der Regel nur eine Breite von 100 bis 200 Meilen hat. Da sich der Orkan überdies draußen auf hoher See bildet, so ist es sehr wohl denkbar, daß er an den Beobachtungsstationen gewissermaßen unbemerkt vorbeischießt. Deshalb möchte Herr Moore den Beobachtungsdienst gerne ausdehnen und wird sich um eine entsprechende Verweiligung an den Kongress wenden. Er empfiehlt, daß entweder reguläre Beobachtungs-Beauftragte auf den Küsten- und Golfküsten, die mit drahtloser Telegraphie ausgerüstet sind, stationiert, oder daß entlang der Küste eine Reihe schwimmender Beobachtungsstationen eingerichtet werden, die natürlich ebenfalls mit drahtloser Telegraphie auszurüsten wären.

Wenn man bedenkt, wieviel von einer rechtzeitigen Sturmwarnung abhängt, so kann man nur wünschen, daß der Kongress den Wünschen des Herrn Moore Gehör geben möchte. Innerhalb der letzten zehn Jahre hat das Wetterbureau zwischen schwere Orkane 10-14 Stunden vor ihrer Ankunft an unseren Küsten angemeldet, und nicht einen in dieser unbemerkt und unangekündigt hier eingetroffen. Aber dadurch darf man sich nicht in Sicherheit wiegen lassen. Solange der Beobachtungsdienst nicht den Plänen Moore's entsprechend ausgebaut ist, muß immer mit der Möglichkeit gerechnet werden, daß einer dieser Tropenstürme unbemerkt über uns hereinbricht und dann natürlich großes Unheil im Gefolge hat. Durch eine einzige rechtzeitige Warnung aber wird mehr gespart, als die Erhaltung des Bureaus in einem ganzen Jahre kostet. Unser Wetterbureau hat ohnehin Anspruch auf freundliche Berücksichtigung seitens des Kongresses. Es gehört anerkennenswerten Leistungen zu den besten der Welt oder

ist wohl überhaupt das beste und macht stetige Fortschritte der Vollkommenheit zu. Unsehbar ist es ja nicht und kann es wohl schwerlich werden. Doch treffen von zehn Vorhersagungen zur Zeit neun ein. Zur Zeit der Gründung des Bureaus war das Verhältnis zwischen Treffern und Nieten 6:4, vor 10 Jahren noch 7:3, und jetzt also, wie gesagt, 9:1. Das ist ein Fortschritt, auf den die Männer an der Spitze stolz sein können. Sehr viel zu dieser augenfälligen Verbesserung des Dienstes hat der Umstand beigetragen, daß das Bureau von Postamt gänzlich freigehalten wird und alle Anstellungen und Beförderungen nur auf Grund des Verdienstes und der Leistungen der betreffenden Beamten erfolgen.

Die Guggenheimer in Alaska.

Ein gutes Ding beim ersten Anblick zu würdigen, das ist nach seinem möglichen Ertragsverthe einzuschätzen zu wissen, gilt als charakteristisches Merkzeichen des gewiegten Geschäftsmannes, respektive spekulativen Unternehmers. Von dieser Sorte sind die durch Bergbauunternehmungen reichgewordenen Guggenheimer, Mitglieder des unter diesem Namen bekannten Syndikats. Sie haben die Möglichkeiten erkannt, die Alaska mit seinen reichen Mineralvorkommen, außer den Goldfeldern, bietet und setzen dementsprechend alle Hebel in Bewegung, sich deren Ausbeutung zu sichern. Einen metholischen Hebel haben sie bekanntlich in dem Sekretär des Innern Ballinger, gefunden, der dafür eintritt, daß die Kohlen- und Kupfergebiete von Alaska an Privatunternehmer verkauft werden, wie es früher in anderen Gebieten, namentlich im waldrreichen Norden und im erzeichen Westen, den Felsgebirge-Staaten, zuvor Territorien, geschehen ist, der deshalb auch die Ansprüche des Cunningham-Syndikats, die inzwischen von den Guggenheimern erworben sind, für vollaus berechtigt hält, während die neuere Richtung in der nationalen Wirtschaftspolitik, der auch Präsident Taft huldt, dahin geht, der Nation das Eigentumsrecht, die Kontrolle der natürlichen Reichthümer zu erhalten und deren Verwertung nur nachtheiliger zu vergeben, so daß der Bundesregierung eine feste Einnahmequelle erhalten bleibt. Die Frage wird voraussichtlich noch in der gegenwärtigen Sitzung des Kongresses zur Erörterung kommen.

Wie eifrig das Syndikat hinter der voraussetzlichen Beute her ist, erhellt aus einer Washingtoner Korrespondenz, derzufolge es sich die einzige Wegstraße nach den enormen Kupferlagern am Copper River monopolistisch sichern will. Senator Clark von Wyoming hat ganz im stillen eine Bill eingereicht, welche der Copper River Bahn-Gesellschaft einen Streifen Küstenland, 200 Fuß breit, entlang der ganzen Wasserfront von Cordova, dem Hafen an der Mündung des Copper River, sichert. Die Passierung dieser Bill würde dem Guggenheim-Syndikat die vollständige Kontrolle desjenigen Hafens in die Hände spielen, welcher den einzigen Zugang zu den unermesslich reichen Kohlen- und Kupfer-Arealen am oberen Copper River bildet. Niemand anders als die Copper River Bahn, welche dem Syndikat gehört, könnte Docks und Werften in Cordova anlegen und in Betrieb halten. Ohne Erlaubnis des Syndikats könnte kein Schiff dort anlegen, um Frachten zu bringen oder zu holen, und das Syndikat könnte die Gebühren nach Belieben ansetzen, ebenso wie keine Person oder Korporation, die etwa Kohlen- oder Kupfererzwerke am oberen Copper River in Betrieb hat, eine Tonne Kohlen oder Kupfererz an die Küste bringen kann, ohne die Frachtsätze zu bezahlen, welche die Copper River Bahn berechnen mag. Mit anderen Worten das Syndikat würde den Docks auf der gesamten Bergwerksindustrie dieses Theiles von Alaska haben und wäre in der Lage, Alaskas unabhängige Erubensbesitzer auszulagern, so daß sie an das Syndikat verkaufen müßten, und zwar zu den Preisen, welche das Syndikat willens wäre, zu bezahlen. Durch das Aufheben des Planes dürfte dem Syndikat ein Streich durch die Rechnung gemacht sein, denn kein Kongressmitglied würde sich leicht getrauen, für die Bill zu stimmen und sich so dem Verdacht bereitwilliger Dienbarkeit für das Syndikat aussetzen.

Louis Boulham, der als armer Schindler mit einem Wochenverdienst von \$15 anfing und sich durch seine Luftfahrten ein Vermögen von \$200,000 erworb, hat das gefährliche Gewerbe aufgegeben und will sich zur Ruhe setzen: ein Volantier, der rechtzeitig aufgehört, ist in der Tat ein toller Vogel.

Aus Gründen der Sparsamkeit will der Kongress auf eine eigene Vadam-Bahn verzichten. Schade! Das Volk würde lebensfähig gern bereit gewesen sein, sich den Anblick einer nationalen Weltumfahrer einen schönen Augenweid zu lassen.

Genie und Talent spielen ihre eigenen Instrumente, der Dilettant merkt auf der Drehorgel.

An der Freude, die wir Anderen verschaffen, nehmen wir selber auch teil.

Henry's Platz.
Henry Grohmann, Eigentümer.
Liefere Getränke in Groß- und Kleinhandel in jeder gewünschten Quantität. Empfehle meine vorzüglichen Getränke und Cigarren. Das berühmte **Storz Bier** stets an Zapf.
Es bittet freundlichst um geneigten Zuspruch
Henry Grohmann.

Edward Renard, Präsident. F. S. Graham, Vice-Präsident.
G. S. Mason, Kassier. S. A. Friedrichs, Ass. Kassier.

Citizens State Bank.
Kapital \$20,000.00 • Ueberschuß \$15,000.00
Ist ausschließlich von Knox County Leuten geeignet und betrieben.
Kann irgend etwas im Bankwesen verrichten. Macht hier den Versuch.
Wir machen Farm-Anleihen auf lange Zeit und zu niedrigen Zinsen.

Saunders-Westrand Co.
Früher Westrand & Sons Elevator.
Kauft Getreide jeder Art, sowie Vieh, zu den höchsten Marktpreisen und ersucht den Farmer um die Gelegenheit, ihm Angebote auf seine Verkaufsprodukte zu machen.
Nick. Waper, Geschäftsführer.

Martin C. Peters,
Deutscher Land-Agent.
Ich kaus und verkaufe Land in Nebraska, Nord- und Süd-Dakota und der Pan-Handle-Gegend, Texas. Lasset mich eure Farmen zum Verkauf übernehmen.
Länder in Knox County, Nebr., meine Spezialität.
Sprecht vor oder schreibt, wenn ihr etwas in diesem Fache wünscht.
Martin C. Peters.
Bloomfield, Knox County, Nebraska.

C. R. Sumner
hat von Isaac Dowty die
City Dray Line
erworben und empfiehlt dem Publikum als Fuhrmann.
Drei Wagen stets bereit, eure Wünsche zu besorgen.
C. R. Sumner.

Bloomfield Germania
ist unter dem Deuschthum Knox Countys wohl verbreitet und lohnt es sich, dieses Wochenblatt für Anzeigen zu benutzen.
Accidenz-Arbeiten
werden prompt und geschmackvoll ausgeführt.
Man adressire
Die Germania, Bloomfield, Nebr.

Achtung, Farmer!
Die vorzüglichen Produkte der Columbia Egg & Cattle Feeder Co. sind bei mir vorräthig. Nicht dem bewährtesten Mittel für die Forderung von Viehfruchtbarkeit verleihe ich auch das „Tip“ abiger Co.
Diese Produkte sind auch in Job. Strubmann's Saloon vorräthig.
Henry Hohnholt,
4 Meilen nördlich und 3 Meilen westlich von Bloomfield.

The City Wheat Market
Eduw. Volpp, Eigentümer
Mehl, Weizen, Hafer, Gerste, Mais, Weizenklein, Schmalz, Butter, frische und geräucherete Fische und viele andere Ausbeuten, welche eine Wohlfahrt vollkommen machen.